

Update HBS 01

no lager halle

INHALT

--Berichte--

♦ **Abschiebungen aus Sachsen-Anhalt**
Lassarat wurde am 16.08.06. nach 4 jährigem Aufenthalt im Abschiebelager HBS abgeschoben.

♦ **22.08. "Verschwunden" - Artikel in der JW zur Abschiebung von Lasaratte**

♦ **Veränderungen auf dem Gelände der GU-ZAST Halberstadt: Bauliches + Un-Menschliches**

--Veranstaltungen--

♦ **Filmabend am Donnerstag den 30.11. - 20 Uhr im VL/Ludwigstr. 37 - Halle [Der Lagerkomplex] - Flüchtlinge, Bramsche-Hesepe und die Freiwillige Ausreise**

--Aktionen--

♦ **Vom 4. bis zum 31. Oktober befanden sich die Flüchtlinge des 7 Kilometer von Oldenburg entfernten Ein- und Ausreiselagers Blankenburg im Streik. Konkret heißt das: Sowohl das Kantinenessen als auch die 1 Euro-Jobs wurden boykottiert.**

♦ **Bleiberecht jetzt! :: Aufruf zur Demo in Nürnberg imk nürnberg 16.11.06 | papiere für alle!**

Berichte zur Abschiebung von Lasaratte

Abschiebungen aus Sachsen-Anhalt

Allein letztes Jahr wurden 413 Menschen aus Sachsen-Anhalt abgeschoben. Wie sich eine solche Abschiebung abspielt, wollen wir am Beispiel Lassarat zeigen.

Lassarat wurde am 16.08.06. abgeschoben.

Um 2 Uhr früh kamen 6 Polizisten in das Abschiebelager HBS, um Lassarat zur Abschiebung abzuholen. Er rannte entsetzt durch die Gänge der ehemaligen NVA-Kaserne und schrie „die wollen mich nach Guinea abschieben“ und versuchte seine Freunde zu informieren. Die Polizisten überwältigten den schwächlichen Lassarat in den Gängen und brachten ihn zum Wagen. Er konnte keine persönlichen Gegenstände mitnehmen, selbst die Medikamente, die Lassarat wegen der Überfunktion seiner Schilddrüse mitnehmen wollte, wurden ihm abgenommen.

Die zentrale Abschiebestelle (ZABST) in Halberstadt weigerte sich erst, seinem Anwalt Auskunft zu geben, und schickte diesem dann ein lapidares Schreiben mit der Flugnummer des Fliegers, mit dem Lassarat von Paris nach Conakry/Guinea (Air France FNR. 1419) abgeschoben wurde. Freunden von Lassarat wurde die Auskunft auf Grund von „Datenschutz“ verweigert.

Nach drei Wochen konnten wir endlich unseren Freund in Guinea finden. Er befand sich seit seiner Abschiebung in Polizeigewahrsam. Dort ist er jetzt nicht mehr.

Seine Reisedokumente wurden von der Guinea-Delegation ausgestellt.

Diese Delegation reiste drei Mal in die BRD. Zu ihr gehörte auch der mutmaßliche Menschenhändler N'Faly Keita aus Guinea. Er wird verdächtigt, Menschen nach Europa geschleust zu haben. Von der zentralen Ausländerbehörde erhält die Delegation für die Massenverhöre 110.000 €. Für jedes Reisedokument, welches sie ausstellt, erhält sie nochmals Geld von den CDU regierten Bundesländern, die anderen Bundesländer beteiligen sich nicht an diesem Menschenhandel. Die Massenverhöre sind darüber hinaus sehr fragwürdig, denn es erhalten auch Nicht-Guineaer diese Reisepapiere, wie auch unser Freund Lassarat.

Lassarat wurde zwei Mal der Delegation vorgeführt, genauso wie hunderte von Flüchtlingen aus ganz Westafrika.

Bisher stellte die Delegation über 560 (!) Reisepapiere aus.

Die Abschiebungen laufen. Sie erfolgen über den täglichen Flug von Paris nach Conakry.

Unser Freund Lassarat war seit 1996 in der BRD wohnhaft und lebte seit dem 25.04.2002 im Abschiebelager HBS ohne Geld und nur mit Lebensmitteln der Großküchen versorgt. Seit dem 16.08.06 befindet er sich nun in Guinea. Von dort kann er nicht zu seiner Familie in die Elfenbeinküste gelangen, da dort dieses Jahr ein Bürgerkrieg ausgebrochen ist.

Wir danken dem weltoffenen Sachsen-Anhalt.
no lager halle

(JW-22.08.06) Verschwunden

Der Einzelfall ist exemplarisch. Am 16. August wurde Thibaut Antonie Lassarat gegen drei Uhr früh im »Ausreisezentrum« Halberstadt verhaftet und offensichtlich nach Guinea abgeschoben. Lassarat lebte mehr als 15 Jahre in der BRD. Seit 2002 saß er im »Ausreisezentrum«, das die sachsen-anhaltinische SPD-Regierung als »Modellprojekt« einrichten ließ. Menschen, deren Identität von den Behörden angezweifelt wird, sollen hier dazu gebracht werden, ihre Abschiebung zu befördern. Ihre diesbezügliche »Mitwirkungspflicht« ist nirgendwo näher definiert.

Wir, no lager halle (gefördert vom Solidaritätsfond der Hans-Böckler-Stiftung), treffen uns jeden freitag um 18:30 im infoladen ludwigstr. 37

<http://www.ludwigstrasse37.de/nolager/>

Sie sind der Willkür der Beamten ausgeliefert. Erst 2005 wurden mit dem Zuwanderungsgesetz die rechtlichen Rahmenbedingungen für dieses Zentrum geschaffen, in dem mittels »Sprachgutachten« die Herkunftsländer von Flüchtlingen wie Lassarat ermittelt werden. Immer wieder wurde er verhört. Nach einem ersten Gutachten galt er als Bürger der Elfenbeinküste. 2004 wurde ein neues Gutachten erstellt. Jetzt kam Lassarat aus Guinea. Mittlerweile hatte er zwei Jahre in seiner Kammer verbracht, möbliert mit Hinterlassenschaften der NVA, die das Objekt bis zum Ende der DDR als Kaserne nutzte. Wie die anderen Flüchtlinge hier bekam er keinen Cent zur freien Verfügung.

Er durfte Halberstadt nicht verlassen. Jede Woche mußte er sich von der Ausländerbehörde bestätigen

Veränderungen auf dem Gelände der GU-ZAST Halberstadt

Bauliches:

Nach dem am 2. Dezember 2005 das Obdachlosenasyll in Halberstadt in dem 16 Obdachlose lebten, niederbrannte und 9 Menschen starben, weitere 7 mit Rauchvergiftungen überlebten, wurden auch bauliche Veränderungen in der GU-ZAST Halberstadt vorgenommen.

Die oberen zwei Etagen der drei ehemaligen NVA-Kaserne wurden verschlossen. Alle Flüchtlinge mußten in die unteren Etagen ziehen, da nicht genügend Fluchtwege vorhanden sind, um die fünfstöckigen Gebäude zu nutzen. Es gibt nur zwei Treppenaufgänge. Nach den Brandschutzbestimmungen sollten es aber drei sein und feuerfesten Türen mußten das Übergreifen von Flammen auf die oberen Stockwerke verhindern können.

Seit Anfang des Jahres gibt es auch Feuerlöscher in den Gängen, diese fehlten vorher, da die Flüchtlinge angeblich immer mal wieder ihren Frust durch entleeren der Feuerlöscher abregiert hätten (!). Die Feuerlöscher sind durch entsprechende Symbole im Gang zusätzlich kenntlich gemacht worden. Ebenfalls gibt es jetzt Pläne auf denen die Fluchtwegen aus dem Gebäude – die beiden Treppenhäuser - zusehen sind, allerdings nur auf Deutsch, so könnte dem ein oder anderen der Hinweis „ruhig bleiben“ im Brandfall entgehen.

Die unteren Stockwerke werden nach und nach dürrftig saniert, die Oberen sollen nach einem größeren Umbau wieder geöffnet werden.

Un-Menschliches:

Da immer weniger Flüchtlinge in die Festung Europa gelangen und die wenigen, die noch hierher kommen erst gar nicht versuchen Asyl zu beantragen, kämpft die Verwaltung der GU-ZAST nach wie vor damit, wenigstens halbwegs voll und rentabel zu sein.

So wurden Ende Dezember 2005 mehrere Familien aus dem geschlossenen Flüchtlingsheim in

lassen, daß er geduldet war. Im Lager war er so etwas wie ein ehrenamtlicher Sozialarbeiter, begleitete Menschen bei Behördengängen, erläuterte ihnen Verfahren. Immer wieder hat er Personen des öffentlichen Lebens auf die Situation im Lager aufmerksam gemacht. Von den Politikern, Professoren, Gewerkschaftern kamen bestenfalls Standardschreiben.

Vor einigen Wochen erklärte die Botschaft von Guinea Lassarat zu einem Bürger dieses Staates. Etwa zwei Jahre lang hatte sie die Ausstellung des entsprechenden Passes verweigert. Über die Gründe des Sinneswandels kann nur spekuliert werden, genau wie über den Verbleib des Verschwundenen. Die politische Verantwortung trägt der Innenminister des Landes Sachsen Anhalts. (jW 22.08.06)

Schönebeck nach Halberstadt geschickt. Sie wurden mit dem Versprechen, dass sie in Halberstadt Wohnungen bekämen, dazu gebracht, der Aufforderung zu folgen. Die Unterbringung in der GU-ZAST sollte nur drei Wochen dauern. So wurden mehrere Roma-Familien und eine afrikanische Familie im Block C untergebracht. Sie bekommen nur Sachleistungen, teilweise noch geringfügiges Taschengeld oder Gutscheine, das vitamin- und balaststoffarme Essen können sie so nicht ergänzen. Dieses führte dazu, dass ein Junge bereits im Krankenhaus wegen Unterernährung behandelt werden mußte. Die Eltern mußten ihm mehr vitaminreiches Essen geben.

Sie bekommen aber nur Taschengeld!

Eine andere Familie bekommt nur Gutscheine, die nur im Kaufland in Halberstadt eingelöst werden können und dies auch nur für Hygieneartikel.

Ein schulpflichtiger Roma-Junge wird täglich von seinem Vater aus Angst vor Nazis zur Schule begleitet. Er hat bereits mehrfach Nazis mit Ketten usw. gesehen.

Ein dreizehnjähriger schwarzer Junge der bereits in Schönebeck Opfer von Nazis wurde, geht nach diesen Erfahrungen gar nicht zur Schule. Er kam als 1 jähriger mit seinen Eltern nach Deutschland und spricht fließend Deutsch, besuchte aber bisher nur drei Schulklassen.

Alleinreisende Männer aus dem geschlossenen Flüchtlingsheim in Schönebeck wurden in den Block B eingewiesen. Einer wurde bereits im Juli in den Kosovo abgeschoben. Zwei weitere leben noch dort, ein Mensch aus dem Pakistan und einer aus Indien.

Sie haben mehrere schwere Krankheiten, die dringend adäquat behandelt und betreut werden mußten.

Die Einweisungen in das Abschiebelager HBS gehen weiter, sie erfolgen nach wie vor aus den kleinen Gemeinden wie Weißenfels, Ohrekreis und kaum aus Städten wie Halle und Magdeburg.



--VERANSTALTUNGEN--

Filmabend am Donnerstag, den 30.11. - 20 Uhr im VL/Ludwigstr. 37 Halle „[Der Lagerkomplex]“ Flüchtlinge, Bramsche-Hesepe und die Freiwillige Ausreise



Die äußeren Grenzen Europas werden immer undurchlässiger für Menschen, die sich auf der Flucht befinden oder zu Migration gezwungen sind. Doch auch innere Grenzen existieren, die nicht weniger schwierig zu überwinden sind, auf dem Weg zu einem Leben in Würde.

[Der Lagerkomplex] zeigt eine dieser inneren Grenzen: das Lager. In der scheinbar ländlichen Idylle des Osnabrücker Land befindet sich im Ort Bramsche-Hesepe Deutschlands größtes Abschiebelager mit dem Schwerpunkt der sogenannten Freiwilligen Ausreise.

Wie äußert sich diese innere Grenze im sicheren Hinterland? Was passiert mit den dort untergebrachten 550 Flüchtlingen und wie gehen diese Menschen mit der Situation um? Was bedeuten Lager für die Regionen und welche Rolle spielen sie im nationalen und europäischen

Zusammenhang?

[Der Lagerkomplex] lässt Menschen erzählen, was Lagerleben bedeutet. Betrachtet von innen und außen; von Flüchtlingen selbst und von Personen aus Wissenschaft, Medizin, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Dabei zeichnet sich ein Bild ab, bei dem der Ausnahmezustand die Normalität beschreibt.

Länge: 104 min.

Regie/Kamera/Schnitt: Kinoki Now!

Produktion: Kinoki Now!

Am 05.10.06 wurde die Wohnung eines Mitglieds des Filmkollektives Kinoki Now! durchsucht. Die Staatsanwaltschaft erlies erst in zweiter Instanz einen Durchsuchungsbefehl, dies zeigt auf wie dubiosen Gründen diese fußt.



---AKTIONEN---

Flüchtlingsstreik im Ein- und Ausreiselager Blankenburg bei Oldenburg

Bewohner und Bewohnerinnen der ZAAB Blankenburg und ihrer UnterstützerInnen beschlossen, den Streik vorerst auszusetzen.

Dieser Streik, der über 4 Wochen geführt wurde, ist in der Geschichte des Widerstands gegen die repressive Asylpolitik in Deutschland und die damit zusammenhängende Lagerunterbringung einmalig. Er war umso bemerkenswerter als er trotz massiver Einschüchterung durch den Leiter der ZAAB Oldenburg Herr Lüttgau, mit nächtlichen Wohnungsdurchsuchungen, verstärkten Botschaftsvorführungen und der Umverteilung aktiver Streikenden so lange und erfolgreich geführt wurde. Es wurde erreicht, dass eine breite Öffentlichkeit über diese Politik informiert wurde. Nachdem die Flüchtlinge ihren Protest in Hannover in den Landtag gebracht haben, und sich auch in Oldenburg viele Verbände; Parteien und Gruppen gemeldet haben, soll mit der Aussetzung des Streiks die Möglichkeit geschaffen werden, die Zustände in der ZAAB Oldenburg konkret zu verändern, sowie die Unterbringung von Menschen in Lagern politisch zur Diskussion zu stellen.

Vom 4. bis zum 31. Oktober befanden sich die Flüchtlinge des 7 Kilometer von Oldenburg entfernten Ein- und Ausreiselagers Blankenburg im Streik. Konkret heißt das: Sowohl das Kantinenessen als auch die 1 Euro-Jobs wurden boykottiert. Die Streikenden fordern stattdessen die Auszahlung von Bargeld und das Recht, ihre Nahrung selbstbestimmt zubereiten zu können. Darüber hinaus wird eine angemessene und hiesigen Standards angepasste Gesundheitsversorgung gefordert. Grundsätzlich machen sich die BewohnerInnen für eine dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen nach spätestens 3 Monaten stark. Die meisten BewohnerInnen leben bereits seit über einem Jahr, viele 2 Jahre und länger in Blankenburg. An dem Streik waren ca. 200 Menschen beteiligt, d.h. nahezu alle Flüchtlinge, die permanent im Lager leben. Am Montag Abend wurde auf der Vollversammlung der

Bleiberecht jetzt! :: Aufruf zur Demo in Nürnberg

imk nürnberg 16.11.06 | papiere für alle!

Bleiberecht jetzt! - Gegen soziale Ausgrenzung und Repression!

Seit Jahren kämpft die bundesweite Kampagne 'Hiergeblieben!' gemeinsam mit vielen Organisationen, antirassistischen Gruppen und unzähligen lokalen Bündnissen für ein Bleiberecht der geduldeten Flüchtlinge und Migrant/innen in Deutschland. Nun ist es soweit: am 16. und 17. November werden in Nürnberg die Innenminister der Bundesländer und der

Bundesinnenminister auf ihrer halbjährlichen Innenministerkonferenz über ein Bleiberecht für geduldete Ausländer und Ausländerinnen entscheiden. Jetzt geht es darum, eine Bleiberegulation durchzusetzen, die diesen Namen auch verdient. Und es geht darum, zu zeigen, dass der Kampf weitergeht, wenn die Regelung so

schäbig ist, wie sich dies manche Innenminister vorstellen.

Zwei Fragen die mich stets prägten: seit wann ich hier lebe, was dann immer folgte war, wann ich wieder gehe.

Microphone Mafia

Die Duldung ist nach der Definition des deutschen Aufenthaltsrechts eine 'vorübergehende Aussetzung der Abschiebung'. Diese erhalten Menschen, die zwar keine Aufenthaltsgenehmigung haben, jedoch aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können. Obwohl die Duldung nach ihrem Zweck und dem Gesetzeswortlaut nur einen vorübergehenden Zustand regeln soll, leben von den mehr als 190 000 geduldeten Menschen mehr als 150.000 seit mehr als fünf Jahren hier. Nicht selten sind Aufenthaltszeiten von 10 bis 15 Jahren. Trotzdem müssen die Betroffenen jederzeit mit einer Abschiebung rechnen. Die Entwicklung längerfristiger Perspektiven ist nicht möglich und von der Politik auch nicht gewünscht. Geduldete erhalten nur selten eine Arbeitserlaubnis und wenn, dann nur für die schlechtesten Jobs, mit denen eine Sicherung des Lebensunterhalts in der Regel nicht möglich ist. Sie erhalten aber auch keine Sozialhilfe und kein Kindergeld, sondern nur Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz — in Bayern heißt das Essenspakete, Lagerunterbringung und eingeschränkte medizinische Versorgung. Viele Menschen gehen daran kaputt. Die Entwicklung psychischer und körperlicher Krankheiten ist keine Seltenheit.

Im Visier von Populisten, die sagen wir seien nicht integriert,

das Ausländergesetz haben wir nicht selbst fabriziert.

Microphone Mafia

Bereits im Vorfeld der Konferenz bringen sich die Minister in Position: So will Niedersachsens Innenminister Schünemann zwar in Deutschland aufgewachsene Kinder hier behalten, aber deren Eltern abschieben, da diese später im Rentenalter zu hohe Kosten verursachen. Bayerns Innenminister Beckstein schwebt hingegen vor, das Bleiberecht von den Schulnoten der Kinder abhängig zu machen. Einigkeit scheint zu bestehen, dass Alleinstehende und Ehepaare ohne Kinder in die Regelung gar nicht einbezogen werden sollen. Auch ist im Gespräch, dass nur die Familien hier bleiben dürfen, die ihren Lebensunterhalt bereits selbst sichern. Letztlich sind aber solche Forderungen nach bereits erfolgter Integration ein Hohn: Denn die schlechten gesetzlichen Bedingungen für die Geduldeten zielen ja gerade darauf ab, sie auszugrenzen und eine Integration zu verhindern. Innenminister Beckstein will zudem die

Regelung auf diejenigen beschränken, die an der Ausreise aus Gründen gehindert sind, die sie nicht zu vertreten haben. Damit will er die Regelung auf die Personen eingrenzen, die bereits nach geltender Gesetzeslage eine Aufenthaltserlaubnis erhalten müssten. Dies kann nicht Sinn einer Bleiberegulierung sein.

Ist dir das Antwort genug, oder brauchst du mehr Rechenschaft

Also frag dich lieber, warum die Polizei immer mehr Rechte hat.

Microphone Mafia

Während mit immer neuen Gesetzesverschärfungen unsere Menschen- und Bürgerrechte beschnitten werden, während auf soziale Probleme immer mehr mit der Aufrüstung der Polizei oder dem Vorwurf mangelnder Integration reagiert wird, sagen wir: soziale Probleme lassen sich nicht durch Sündenböcke und Polizeiknüppel lösen. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen in ungesicherte Lebens- und Arbeitsbedingungen gedrängt werden, ist es wichtig, gemeinsam und solidarisch für ein besseres Leben einzustehen, gerade und vor allem für die, die rechtlich am untersten Rand der Gesellschaft leben.

Wir rufen dazu auf, mit uns gemeinsam für eine Bleiberechtsregelung zu demonstrieren, die den hier lebenden Menschen einen gesicherten Status garantiert. Wir fordern schon jetzt einen sofortigen Abschiebestopp für alle Geduldeten bis zum Erlass der Bleiberegulierung, damit sichergestellt ist, dass niemand abgeschoben wird, der unter die Bleiberegulierung fallen könnte. Und wir fordern ein Rückkehrrecht für diejenigen, die seit Beginn der Proteste abgeschoben wurden und die unter die Kriterien der Regelung fallen, weil die Verzögerungstaktik mancher Minister nicht aufgehen darf.

Bundesweite Demonstration in Nürnberg während der Innenministerkonferenz.

Donnerstag, 16. November 2006

Kundgebung - 16.30 Uhr an der Lorenzkirche

Demonstration - 17.30 Uhr zum Tagungsort der Innenministerkonferenz

Gleiche Rechte für alle die hier leben!

Für ein Leben das eine Perspektive bietet!

Bundesweites Bündnis für Bleiberecht.

<http://www.imk2006.de>

<http://www.hier.geblieben.net>

